

Regionen in Europa und der Fall Schlesien

Born, Karl Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Born, K. M. (1998). Regionen in Europa und der Fall Schlesien. *Europa Regional*, 6.1998(3), 23-33. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48349-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Regionen in Europa und der Fall Schlesien

KARL MARTIN BORN

Europa nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft

Der Zusammenbruch der kommunistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa zog weitreichende Folgen für die geopolitische Lage in diesem Raum nach sich. Nicht nur die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, sondern auch die Entstehung neuer Staaten wie der Slowakei oder der drei baltischen Staaten machten die Verletzlichkeit lange bestehender nationaler und internationaler Grenzen deutlich. Die während der Konferenzen von Jalta und Potsdam festgelegten Grenzzuglinien wurden dabei nicht im Sinne revisionistischer Tendenzen verändert, sondern lediglich an neue politische und soziale Gegebenheiten angepaßt. Deutlich wurden dabei auch nationalstaatliche Unabhängigkeitsbewegungen und ethnographisch motivierte Vereinigungstendenzen, beispielsweise im Konflikt zwischen Rumänien und Moldavien.

Allen diesen Grenzen – gleichgültig, ob alt oder neu – ist gemeinsam, daß sie nicht nur Staaten und Nationen, sondern auch Zonen unterschiedlicher Transformationsgeschwindigkeit und -intensität abgrenzen. An hervorragender Stelle ist hier wohl die Ostgrenze des wiedervereinigten Deutschlands zu nennen, die die Nahtstelle zwischen den Staaten der Europäischen Union (im folgenden EU genannt) und Osteuropa bildet. Angesichts der Aufnahmewünsche Polens und der Tschechischen Republik gewinnt sie eine besondere Bedeutung, da sie im Zuge grenzüberschreitender Kooperationen durchlässiger wird.

Die politischen Veränderungen in Osteuropa seit 1989 betrafen neben den wirtschaftlichen Veränderungen im gleichen Maße auch die politische und verwaltungstechnische Ordnung. Autoritär-zentralstaatlich organisierte Staaten wie Polen befinden sich nun in einem Prozeß stetiger Regionalisierung oder sogar Föderalisierung. Unklar bleibt, inwieweit hier an Strukturen der Vergangenheit angeknüpft wird – Preußische Provinzen und polnische Wojewodschaften bestanden bereits vor dem Zweiten Weltkrieg – oder ob hier

einer Tendenz nachgegangen wird, die zumindest in Westeuropa seit 1980 als Regionalismus sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Programme mitbestimmt hat.

Das Konzept "Europa der Regionen"

Regionen im Kontext der Europäischen Union

Erklärungsversuche des Erstarkens regionalistischer Tendenzen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik zahlreicher EU-Staaten und der EU-Organisation selbst sind eng mit einem Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik verbunden. Post-fordistische Restrukturierungsmaßnahmen bezogen sich auf regionale Wirtschaftssysteme, berücksichtigten Globalisierungstendenzen und verstärkten den Wettbewerbsdruck innerhalb der EU. Der Wegfall der Binnengrenzen und die Schaffung des Gemeinsamen Marktes forcierten die Neupositionierung der Regionen in Europa: Sie wurden zum einen zu den wichtigsten Schauplätzen wirtschaftspolitischer Entscheidungen wie der Struktur- und Regionalfonds der EU, und zum anderen etablierten sie sich als eine dritte Politikebene neben der europäischen und zentralstaatlichen (KEATING 1998, BULLMANN 1997). Zwar nennt der Vertrag von Maastricht Regionen in einem sehr unbestimmten Kontext, doch resultiert dies eindeutig aus dem unterschiedlichen Status der Regionen in den einzelnen Mitgliedsländern (SMOUTS 1998). Das europäische Konzept der Orientierung an Regionen geht zunächst auf die Beobachtung einzelner erfolgreicher Regionen innerhalb der Mitgliedsländer zurück: Tatsächlich zeigte die wirtschaftliche Entwicklung einzelner deutscher Bundesländer oder einiger norditalienischer Regionen signifikante Unterschiede zu der anderer Einheiten innerhalb desselben Mitgliedsstaates. Nicht immer waren diese Zonen überdurchschnittlicher Wirtschaftsentwicklung identisch mit administrativen Einheiten wie Bundesländern oder Provinzen, aber diese Regionen standen doch weiterhin im Blickpunkt europäischer Wirtschaftsförderungspolitik.

Kohäsions- und Strukturfonds der EU konzentrierten sich auf Regionen, da diese zum einen in einem konzeptionellen Kontext miteinander verglichen werden können und zum anderen als Arenen mit überschaubarer Aktivität politischer Gruppen leichter ansprechbar sind. Die rasche Reaktion der Regionen auf die Regionalpolitik der EU durch die Etablierung von Büros in Brüssel und Straßburg verdeutlichte den Erfolg dieser Strategie (LE GALES 1998).

Horizontale Kooperation zwischen EU-Regionen

Die Regionalisierung europäischer Politik und die wachsende Bedeutung der Regionen als Aktionsfeld europäischer Förderungspolitik fanden ihren Niederschlag in zahlreichen Untersuchungen zur vertikalen Integration der Regionen in das nationalstaatliche und europäische Wirtschafts- und Sozialkonzept. Weitgehend unbearbeitet blieb aber das Feld horizontaler Kooperation zwischen den Regionen, das im Sinne des Subsidiaritätskonzepts der EU eine große Rolle spielt. Die Zusammenarbeit von Regionen wurde dabei von der EU vor allem als Werkzeug europäischer Integration genutzt, indem Kooperationen über nationale Grenzen hinweg gefördert wurden. Die Ziele und Bedingungen einer solchen Zusammenarbeit umfassen insbesondere (vgl. WEYAND 1997):

- Identifizierung gemeinsamer Probleme und Interessen
 - Bessere Erfolgchancen gemeinsamen oder koordinierten Handelns
 - Handlungsbreite von der Lösung individueller Probleme bis hin zum Auftreten als Lobby für eine Region
- Schwierigkeiten ergeben sich durch den binationalen Charakter der kooperierenden Regionen:
- Unterschiedliche Rahmenbedingungen in Form von Verträgen oder einfachen Absichtserklärungen
 - Einschränkungen des internationalen Handlungsrahmens der Regionen durch das nationalstaatliche Monopol für Außenpolitik

- Unterschiedliche Handlungsebenen auf beiden Seiten einer Grenze (z. B. deutsche Bundesländer vs. französische Départements mit ungleichen Entscheidungskompetenzen)
- Differierende Wirtschaftsentwicklung und daraus resultierendes Wirtschaftsgefälle zwischen den Regionen
- Ablehnung von Kooperation durch Unternehmen und Gewerkschaften aus Furcht vor zunehmender Konkurrenz

Ab 1990 wurden dann mit Hilfe des INTERREG Programmes die ersten grenzüberschreitenden Projekte in Angriff genommen. Der Schwerpunkt des Programmes liegt in der Unterstützung grenzüberschreitender Infrastrukturverbesserungsmaßnahmen, dem Umweltschutz, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Förderung der Landwirtschaft und der Etablierung engerer Verbindungen zwischen Behörden und privaten Unternehmen auf beiden Seiten der Grenze. Als Voraussetzungen gelten neben den spezifischen geographischen Kriterien einer Grenzlage Defizite im Bereich der Zielsetzungen 1 (Entwicklungsrückständigkeit), 2 (industrielle Umstellung/Restrukturierung) und 5b (Entwicklung des ländlichen Raums). Besondere Bedeutung kommt dabei der aktiven Mitwirkung regionaler und lokaler Verwaltungen bei der Umsetzung des Programmes zu (European Union 1991).

Die von dem Programm geförderten Regionen – und hier werden immer wieder der deutsch-niederländische Grenzraum und die Kanalregionen in England, Frankreich und Belgien genannt – gleichen sich in ihrer peripheren Lage bzw. in der Herausforderung durch das weitaus größere Infrastrukturprojekt des Eurotunnels. Neben ihrer peripheren Lage spielt weiterhin eine mögliche geographische, historische oder kulturelle Kohärenz oder eine Zersplitterung im Zuge der Nationalstaatenbildung eine Rolle. Um sich erfolgreich um EU-Finanzmittel zu bewerben, bedarf es bereits in der Beantragungsphase umfangreicher Kooperationen, so daß dieses Programm nur solche Regionen zusammenführen kann, die sich bereits im Vorfeld als kooperationswillig erwiesen haben (WEYAND 1997).

Als ein Beispiel für eine Euroregion, die die Zersplitterung der Nationalstaaten überwinden möchte, kann die Euroregion Neißة gelten. Zwischen Deutschland, Polen und Tschechien gelegen verbindet sie Gebiete, die weniger durch funktionale Verbindungen oder strukturelle Eigenarten als durch eine wechselhafte Geschich-

te im Zuge der Herausbildung von Deutschland, Polen und Tschechien gekennzeichnet sind. Obwohl die Ziele denen der anderen Euroregionen entsprechen, muß man angesichts des sich langsam entwickelnden Zusammengehörigkeitsgefühls eher von einer Vision als von einer politischen und wirtschaftlichen Region sprechen (GRIMM 1996). Als eine der wenigen trilateralen Euroregionen leidet sie besonders unter Verständigungs- und Kommunikationsbarrieren, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg durch verschiedene Grenzregimes und Abschottungsintensitäten herausgebildet haben. Schwierigkeiten der sprachlichen Verständigung durch eine weitverbreitete Unwilligkeit zum Erlernen der polnischen oder tschechischen Sprache, unterschiedliche Intensitäten der regionalen Verbundenheit (insbesondere im polnischen Teil der Region) und konfessionelle Unterschiede zwischen strengem und moderatem Katholizismus in Polen und Tschechien bzw. Protestantismus in Sachsen verdeutlichen die Probleme von Euroregionen an der Ostgrenze der Europäischen Union, die weniger von Gemeinsamkeiten, sondern vielmehr von Gegensätzen geprägt sind und somit auch verschiedenartige Instrumentarien zur Implementation entwickeln müssen.

Kooperation über die EU-Außengrenze hinweg

Mit dem Beginn der Transformationsprozesse in den osteuropäischen Ländern erfuhr die Zielsetzung des Programmes eine wesentliche Erweiterung. Zwar war im Programmtext von 1990 die Unterstützung gemeinschaftsexterner Regionen bereits erwähnt, doch war sie bis 1992 nur im Grenzbereich zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz durchgeführt worden.

Nochmals erweitert wurde die Idee grenzüberschreitender Kooperation von Regionen im Zuge der Verbindung des INTERREG II Programmes mit dem PHARE Programm zur Unterstützung der marktwirtschaftlichen Entwicklung in den osteuropäischen Staaten: Aus einem Programm zur Förderung von Kooperation, Zusammenarbeit und Freundschaft wurde ein wirtschaftspolitisches Instrument zur Entwicklung und Integration von Regionen, die dem Transformationsdruck unterworfen waren.

Die politischen Veränderungen in Osteuropa seit 1989 bewegten die EU zur Auflage des PHARE Programmes, das die wirtschaftliche Transformation in diesen

Ländern unterstützen und den Prozeß der Demokratisierung der Gesellschaft begleiten und stärken sollte; dazu stellte die EU bis 1995 den 11 Partnerländern ca. 5,4 Mrd. ECU zur Verfügung. Das PHARE Programm selbst besteht zu 80 % aus nationalen Projekten, umfaßt aber auch grenzüberschreitende multinationale Projekte. Im Zuge der Vereinbarungen und Verhandlungen zur Erweiterung der Mitgliedschaft in der EU spielen die grenzüberschreitenden Projekte zwischen EU Staaten und den Beitrittskandidaten eine wesentliche Rolle, da durch sie nicht nur Verfahrensmaßstäbe der EU transferiert werden, sondern auch die Bereitwilligkeit und Fähigkeit zu regionalen Entscheidungsstrukturen überprüft werden kann. So wird die Kürzung von PHARE Mitteln durch die Europäische Kommission im Mai 1998 als deutliches Zeichen für die Verärgerung Brüssels über die polnische EU-Beitrittsstrategie gewertet (BACHMANN 1998a).

Die inzwischen in Ostdeutschland, Polen und der Tschechischen Republik gegründeten Euroregionen, deren finanzielle Unterstützung auf deutscher Seite vom INTERREG II und auf polnischer bzw. tschechischer Seite durch das PHARE Programm getragen wird, beziehen ausdrücklich die regionale Entscheidungsebene mit ein.

Entsprechend der finanziellen Ausstattung der Projekte, die zwischen 72 und 146 Mio. ECU liegt und aus Mitteln des Regionalentwicklungsfonds (European Regional Development Fund), des Sozialfonds (European Social Fund) und des Landwirtschaftsfonds (European Agricultural Guidance and Guarantee Fund) gespeist wird, sind die Hauptziele der Initiative auf die folgenden Bereiche gerichtet:

- Überwindung der Strukturschwäche im Grenzgebiet
- Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum
- Hilfe bei der Überwindung von verwaltungstechnischen Schwierigkeiten
- Unterstützung von Kontakten in Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen zur EU
- Beitrag zur grenzüberschreitenden Völkerverständigung
- Herstellung und Unterstützung von Kontakten zwischen Unternehmen und Verwaltungen auf beiden Seiten der Grenze

Die bereitgestellten finanziellen Mittel werden überwiegend zur Verbesserung von Infrastruktur und Umweltbedingungen

sowie zur Unterstützung der örtlichen Wirtschaftsstrukturen genutzt; ca. 20 % sind für Weiterbildungsmaßnahmen vorgesehen (European Regional Development Fund 1994).

Die Bedeutung dieser Initiativen im Kontext des Regionalismus erschließt sich aus der Organisationsstruktur der Euroregionen. Handlungs- und Aktionsebenen sind jeweils die Ebenen oberhalb der Gemeindeverwaltungen, in Deutschland die Kreise und in Polen die Wojewodschaften. Die jeweiligen Gemeinden und Gebietskörperschaften schließen sich zu Kommunalgemeinschaften als eingetragene Vereine zusammen und unterliegen somit dem jeweiligen Recht der Einzelstaaten; das bedeutet wiederum, daß die Euroregion per se keinen rechtlichen Status besitzt und ausschließlich auf bi- bzw. trilateralen Verträgen und Übereinkünften basiert (Euroregion Neisse-Nisa-Nysa 1998b). Die Institutionen der Euroregionen – bestehend aus dem Präsidium, dem Rat, dem Sekretariat und den Arbeitsgruppen – sind jeweils gleichmäßig aus allen Partnerländern besetzt. Dies bedeutet also eine Verschiebung der Entscheidungs- und Handlungsebene auf die regionalen Gebietskörperschaften, die gerade in Polen noch nicht über die Souveränität verfügen wie ihr Gegenüber in Deutschland. So offenbart die Analyse der Presseinformationen der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa zwischen Deutschland, Polen und Tschechien anfängliche Kooperationsschwierigkeiten, die aus der Unsicherheit der Gemeindevertreter in Polen und Tschechien herrührte (Euroregion Neisse-Nisa-Nysa 1994-1998).

„Europa der Regionen“ als Gefahr für den Nationalstaat?

Vor dem Hintergrund der Regionalpolitik der EU ergibt sich nun die Frage nach deren Zielsetzung: Soll durch die Verlagerung der Handlungs-, Entscheidungs- und Förderungsebene lediglich die Effektivität der Fördermaßnahmen durch verbesserte Implementationswege erhöht werden, oder geht es hierbei vielmehr um einen Versuch, den Nationalstaat zu schwächen, indem man seine Teileinheiten unterstützt und ihnen direkten Zugang zu Finanzmitteln zuweist? Abschließende Bewertungen dieses Prozesses berücksichtigen sowohl Entscheidungs- und Implementationswege aus demokratietheoretischer Sicht als auch die Konsequenzen solcher Entwicklungen aus nationalstaatlicher Sicht.

So beobachtete MAZEY (1995) das Auftauchen regionaler Lobbygruppen in Brüs-

sel, die letztlich für ein „Europa der Regionen“ werben. Die zahlreichen Regionalvertretungen in Brüssel, initiiert von den deutschen Bundesländern und rasch von den italienischen und spanischen Provinzen aufgenommen, verdeutlichen diesen Prozeß. Doch bedarf es hier einer klaren Unterscheidung zwischen den Gruppen, die ausschließlich sozio-ökonomische Interessen der Regionen vertreten und eher als „Verbindungs- und Informationsbüros“ zwischen der regionalen Wirtschaft und der EU fungieren, und solchen, die tatsächlich die Errichtung eines „Föderalen Europas der Regionen“ propagieren. Die Absicht der Europäischen Kommission, die Folgen des Gemeinsamen Binnenmarktes durch die direkte Unterstützung der ärmeren Regionen abzuschwächen, erhält nun durch die scheinbare Durchdringung nationalstaatlicher Souveränität einen bitteren Beigeschmack, da gerade grenzüberschreitende regionale Aktivitäten nationalstaatliche Außenpolitik unerwünscht bereichern können.

Überall dort, wo etablierte Verfahren zur Beteiligung von Regionen an der nationalen EU-Politik fehlen, entwickelten sich regionale Gruppierungen und Netzwerke, die die territorialen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die der Nationalstaat an sie gestellt hatte, überwand. Hierbei handelt es sich sowohl um Kooperationen zwischen benachbarten Regionen als auch um horizontal verknüpfte Initiativen mit gemeinsamen Interessen (z. B. Association of European Border Regions (AEBR), Conference of Peripheral Maritime Regions (CPMR) oder der „Four Motors of Europe“ als die von der Automobilherstellung dominierten Regionen Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Spaniens) (WEYAND 1997). Letztlich entwickelt sich so ein neues Muster der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene: Anstelle eines hierarchischen Musters trat ein partizipatorischer Ansatz, der alle Ebenen der Politik und Verwaltung miteinander verknüpfte und ihnen gleiche Zugangsmöglichkeiten zur EU einräumte (MAZEY 1997).

Auch der zweite Analyseansatz von RHODES (1995) unterstreicht die aktive Rolle der EU-Kommission bei der Entwicklung regionaler Eigenständigkeit, indem entsprechende Verhandlungsforen geschaffen, Anreize zur regionalen Zusammenarbeit gegeben und die Regionen direkt angesprochen wurden. Für ihn ist jedoch der Selbstverstärkungseffekt dieser Politik von großer Bedeutung, da Re-

gionen mit einem hohem Maß an Autonomie die meisten Mittel erhielten. Er beschreibt letztlich die EU-Regionalpolitik als einen potentiellen Unruheherd in den Beziehungen zwischen dem Nationalstaat und seinen Teilregionen, da die Umgehung nationalstaatlicher Institutionen bei der Suche nach EU-Finanzmitteln zentralstaatliche Kompetenzen einschränke. Die Förderung bereits etablierter Regionen wirkt im Hinblick auf ein Regionalisierungsziel der EU kontraproduktiv, da Regionen mit einer geringen Autonomie- und Entscheidungskompetenz – wie beispielsweise in Griechenland und Portugal – in verhältnismäßig geringem Umfang von den Regionalstrukturhilfen profitieren können.

Regionalismus als politische Idee

An dieser Stelle muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß das Konzept des Regionalismus nicht ausschließlich durch die EU besetzt ist. In gleichem Maße, in dem die europäischen Staaten versuchten, den Regionalismus als Konzept zur Wirtschaftsförderung zu nutzen, etablierte sich eine Bewegung, die die ethnischen und historisch-kulturellen Aspekte des Regionalismus hervorhob. Die politische und wirtschaftliche Unterstützung von Regionen orientiert sich hier nicht an gegebenen verwaltungstechnischen oder politischen Abgrenzungen, sondern bezieht Fragen der historischen Zusammengehörigkeit oder ethnischen Homogenität mit in die Betrachtung ein. Formen einer solchen Konzeption sind der sogenannte autonomistische Regionalismus, der die politisch-administrative Anerkennung der regionalen Besonderheit fordert, und weitergehend der sogenannte separatistische Regionalismus als Forderung nach Selbstbestimmung der Region. Ohne hier weiter auf diese Unterscheidung eingehen zu wollen, kann festgehalten werden, daß ein Modell zur Überwindung von Grenzen – wie z. B. die Euroregionen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn – die Voraussetzung zur Etablierung ethnonationaler Regionen werden kann. LUVERA warnte 1996 vor diesem Versuch der Reinterpretation der EU-Politik und nannte als Beispiel die Aktivitäten des „Internationalen Instituts für Nationalitätenrecht und Regionalismus“ bei der Einrichtung der Regio Egrensis zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik, bei der sudetendeutsche Interessen von großer Bedeutung sind: Anstelle föderativer Kooperation soll regionale Autonomie treten; neben dem

Aspekt einer Opposition gegen Zentralregierungen, wie sie fast allen regionalistischen Strömungen eigen ist, sollen hier letztlich Grenzen revidiert und neue Gebietseinheiten geschaffen werden. Für LUVERA ist es daher auch kein Zufall, daß besonders in den ehemaligen deutschen Gebieten Euroregionen gegründet werden sollen, um damit den klassischen Begriff der territorialen Souveränität – in diesem Fall Polens und Tschechiens – zu unterminieren.

Nachfolgend soll versucht werden, das Thema des Regionalismus in Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und dem Sonderproblem der deutschen Minderheit in Polen zu beleuchten. Besondere Brisanz erhält diese Darstellung durch das Interesse beider Staaten an den finanziellen Möglichkeiten der EU-Programme, aber auch durch die unterschiedlichen Konzepte der Politiker und Lobbyisten in den jeweiligen Hauptstädten und in der Region.

Regionalismus in Polen – Herausforderung an die Zukunft

Die verschiedenen Verschiebungen Polens und die Epochen der Dominanz anderer Staaten haben in Polen zur Ausformung eines spezifischen Nationalismus geführt. Auch das moderne Polen versteht sich heute als ein Nationalstaat mit homogener Bevölkerung, deren Homogenität zum einen aus der Vertreibung der Juden und Deutschen und zum anderen aus einer Politik der Polonisierung hervorgegangen ist. Ethnische Differenzierungen seien heute nur noch anhand der jeweiligen Dialekte nachzuvollziehen (GORZELAK 1996, S. 42).

Die heute vorhandenen Regionen lassen sich ausschließlich anhand sozio-ökonomischer Kriterien differenzieren, die im Falle Schlesiens beispielsweise auf die langjährige deutsche Besiedlung oder im Falle des Oberschlesischen Industriereviere auf die sozialistische Wirtschaftsplanung zurückgehen. Verwaltungstechnisch räumte die Zentralverwaltungswirtschaft nur den Gemeinden Selbstverwaltungskompetenzen ein; Wojewodschaften unterstanden der Zentrale in Warschau. Aus diesen Gründen wird deutlich, daß es in Polen keine Tradition regionalistischer Bewegungen gibt (GORZELAK 1996).

Während des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen 1997 wurden vor allem von nationalistischen Parteien, aber auch vereinzelt von Vertretern des später erfolgreichen AWS-Wahlbündnisses Stimmen gegen eine Stärkung der Regionen

bzw. eine Föderalisierung Polens laut; die meisten dieser Äußerungen beruhen jedoch eher auf einem Festhalten an überkommenen Verfahren angesichts der zahlreichen Veränderungen durch den Transformationsprozeß als auf einer strikten Ablehnung notwendiger Reformen. Für die überwiegende Mehrheit der politischen Parteien ist eine Erneuerung der Verwaltungshierarchie dringend erforderlich, sie vermieden aber während des Wahlkampfes eine Auseinandersetzung mit diesem Thema, da am Ende eines solchen Prozesses immer einige Regionen als Verlierer dastehen würden.

Tatsächlich besteht in Polen wenig Zweifel an der Notwendigkeit einer territorialen Neuorganisation, da das bestehende System aus 49 Wojewodschaften den kommenden wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen nicht gewachsen sein wird (GORZELAK 1996). Untermauert wird diese Auffassung von der AGENDA 2000 und dem Bericht der EU-Kommission zum EU-Beitritt Polens (European Union 1997), in denen jeweils die Neuorganisation des Zentralstaates mit einem stärkeren regionalen Aspekt gefordert wird. Vor dem Hintergrund der Regionalpolitik der EU erscheint eine Stärkung der Regionen ebenfalls angebracht, um kurzfristig Zugang zu den umfangreichen Mitteln des PHARE Programms und langfristig im Falle eines EU-Beitritts zu denen des Regionalfonds zu erhalten. Die zwischen den Regionen herrschende Konkurrenz macht eine Anpassung an die Größe, Wirtschaftskraft und politische Bedeutung anderer EU-Regionen notwendig (vgl. dazu auch die Äußerungen von Elzbieta HIBNER, einer Beraterin des Präsidenten, zu den Anforderungen an die zukünftigen polnischen Regionen in Neue Zürcher Zeitung 1998).

Regionalismus und regionale Identität im nationalstaatlich orientierten Polen

Die Frage des Regionalismus in Polen kann allerdings nicht ausschließlich auf der Basis der Bewertung zentralstaatlicher Lenkungsmaßnahmen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich behandelt werden, vielmehr bedarf es hier einer Berücksichtigung der historischen Dimension – im Falle Polens also der Frage nach der regionalen Identität Schlesiens bzw. Oberschlesiens mit einer Bevölkerungsgruppe von ca. 400 000 deutschstämmigen Menschen. Ohne hier auf vergangene Abstimmungen, Volkszugehörigkeitslisten, umstrittene Bevölkerungszahlen oder Mitglie-

derzahlen eingehen zu wollen (vgl. zur Geschichte Schlesiens das von N. CONRADTS 1994 herausgegebene Kompendium in der Reihe "Deutsche Geschichte im Osten Europas"), muß darauf verwiesen werden, daß auch in Schlesien die Idee einer eigenständigen schlesischen Identität oder Nationalität verfolgt wird. So spricht die gegenwärtige Senatorin für Opole (Opeln), Dorota SIMONIDES, von einer schlesischen Nationalität mit einer besonderen ethnischen und regionalen Identität, die vorwiegend aus den Erfahrungen der verschiedenen Wellen von Germanisierungen und Polonisierungen herrührt (Schlesische Nachrichten 1997). N. CONRADTS hebt in seiner Schlußbetrachtung die spezifische Situation Schlesiens und der schlesischen Identität hervor, die man sowohl in Schlesien als auch in aller Welt bei den vertriebenen Deutschen finden könne; auch er konstatiert die gemeinsamen Bemühungen in Deutschland und Polen, "schlesische Kultur zu erforschen und weiterzugeben, Traditionen zu bewahren und weiterzuentwickeln" – also letztlich die schlesische Identität zu erhalten (CONRADTS 1994, S. 703). Zwar hatte das Appellationsgericht in Katowice (Kattowitz) im September 1997 die Gründung eines "Verbandes der Bevölkerung schlesischer Nationalität" mit der Begründung, es gebe keine schlesische Nation neben der polnischen, abgelehnt, doch manifestiert sich hier der starke regionale Patriotismus – in einer Umfrage aus dem Jahre 1994 hatten sich in Oberschlesien 66 % der Befragten als Polen, 6 % als Deutsche und 27 % als Schlesier bezeichnet (Deutsche Presse-Agentur 1997). Ähnlich sind auch die Bemühungen Rudolf KOŁODZIEJCZYKS zu sehen, der die Idee einer schlesischen Nation propagiert und sich an den politischen Vorbildern in Norditalien, Katalonien oder im Baskenland orientiert. Schließlich zeigt sich hier das Ergebnis einer polnischen Politik, die die schwierige wirtschaftliche, soziale und politische Lage in Schlesien jahrzehntelang unter dem Deckmantel der Polonisierung verdrängt hat; erst jetzt, unter dem Eindruck der notwendigen wirtschaftlichen Reformen der Schwerindustrie und einer Reorganisation der Wojewodschaften gerät Schlesien ins Blickfeld der polnischen Entscheidungsträger (GORZELAK 1996).

Tatsächlich mutet es erstaunlich an, daß 1992 Jan DZIADUL (1993) eine Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Lage in Schlesien dahingehend abschließt, daß trotz der Heterogenität der Bevölkerung aus

Schlesiern, zugezogenen Polen, verbliebenen Deutschen, repolonisierten Deutschen, regermanisierten Deutschen (vgl. zur Heterogenität der deutschen Minderheit auch BINGEN 1996) etc. ein Regionalbewußtsein entstanden ist, das sich auf die jahrelange wirtschaftliche und kulturelle Vernachlässigung Schlesiens durch die Zentralregierung stützt. DZIADUL weist darauf hin, daß solche Tendenzen für andere polnische Regionen in Warschau tolerierbar, im Falle Schlesiens aber abzulehnen sind – auch um den Preis eines Krieges willen, wie es der damalige Staatspräsident WALESA ausdrückte (LAMMICH 1993). Die offenkundige Orientierung Schlesiens nach Deutschland, vor allem im Hinblick auf Finanzmittel und Kooperation, nährt polnische Befürchtungen eines deutschen "Drangs nach Osten". In Schlesien selbst sind regionalistische Tendenzen umstritten, da der mühsam gewonnene Konsens zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen nicht aufs Spiel gesetzt werden soll; außerdem wäre eine schlesische Minderheitenpartei in der etablierten Parteienlandschaft unerwünscht (KOLB 1998). Sicherlich kann man von einer sich entwickelnden Regionalbewegung in Schlesien sprechen; doch auch hier muß man zwischen den extremen Forderungen "urschlesisch-nationaler" Bewegungen und dem pragmatischen, am Territorium Schlesiens orientierten Stil anderer schlesischer Bewegungen differenzieren. Es zeigt sich allerdings, daß die nach 1989 so zahlreich entstandenen regionalistischen Organisationen, die das Adjektiv "schlesisch" im Namen trugen, politisch in den Hintergrund getreten sind, offenbar auch aus dem Grunde, daß viele Einwohner Schlesiens der Idee eines politischen Autonomismus oder Regionalismus gleichgültig oder ablehnend gegenüber stehen (BUDYTA-BUDZYNSKA 1998). Der wirtschaftliche und soziale Transformationsdruck – für Schlesien ablesbar an der verstärkten Konkurrenz um Investitionen, der steigenden Arbeitslosigkeit in der Schwerindustrie und dem zunehmenden Wohlstandsgefälle zwischen Gemeinden mit unterschiedlichem Anteil an in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmern (SZLACHTA 1995, HEFFNER 1995) – überlagert offenbar autonomistische Tendenzen und verzögert die Etablierung regionalistischer Bewegungen.

Die notwendige Umstrukturierung des oberschlesischen Industriegebiets um Katowice könnte zu einem stärkeren Zusammengehörigkeitsgefühl in der Region füh-

ren, da die beabsichtigten Stellenstreichungen – bis zu 120 000 – unterschiedslos alle Bevölkerungsgruppen betreffen werden. Die Opposition gegen solche Pläne und die Gleichartigkeit der sozialen Lage könnte die politischen Bewegungen in Schlesien zusammenführen.

Ein wesentliches Wahlversprechen der AWS-Wahlaktion bei den Parlamentswahlen 1997 war die Ankündigung größerer demokratischer Mitbestimmung der Bevölkerung. Die Kompetenzen der Zentralverwaltung in Warschau sollten dabei reduziert werden. Ende März 1998 stellte die Regierung unter Ministerpräsident BUZEK einen ersten Entwurf für eine solche Reform vor. Kernelemente der Reform sind dabei die Reduzierung der Zahl der Wojewodschaften von 49 auf 12 sowie die Einrichtung gewählter Regionalparlamente mit eigenem Haushalt und Kompetenzen für die Regionalentwicklung. Unterhalb dieser Ebene verfügen Kreise (Powiaty) und Gemeinden über Selbstverwaltungskompetenzen. Innerhalb des Sejms gibt es eine weitgehende Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer solchen Reform, umstritten und fraglich sind lediglich die genauen Einzelheiten der Kompetenzen und Finanzausstattung der neuen Selbstverwaltungseinheiten. Gerade im Lager der Postkommunisten, Bauern und Nationalkonservativen, die ja auch Teile der AWS stellen, steht man ausgedehnten regionalen Kompetenzen reserviert gegenüber, da man eine Föderalisierung und

nationale Zersplitterung erwartet. Tatsächlich hatten politische Beobachter eine frühere Entscheidung zu diesem wichtigen Thema, das auch die Beitrittsverhandlungen zur EU tangiert, erwartet, doch schien es, als wäre das Regierungsbündnis selbst uneinig, zerstritten und letztlich auf die Moderation durch Staatsoberhaupt KWASNIEWSKI angewiesen (LUDWIG 1998b, c, d).

In der öffentlichen Diskussion dominieren ohnehin nur Fragen des Neuzuschnittes der Wojewodschaften: Mit einer so einschneidenden Reduzierung der Anzahl von Provinzhauptstädten wächst die Furcht vor einem Verlust zentralörtlicher Funktionen, der mit dem Verlust des Hauptstadtstatus einhergehen würde. Dementsprechend überrascht es auch nicht, daß bereits kurz nach Bekanntmachung der Regierungspläne betroffene Städte protestierten – am 1.4. 1998 beispielsweise die Bürger von Bydgoszcs (Bromberg).

Eine besondere Dimension erhält die regionale Neugliederung im Falle von Oberschlesien, wo die Wojewodschaften Opole (Oppeln), Częstochowa (Tschestochau), Katowice (Kattowitz) und Bielsko-Biala (Bielitz-Biala) zur Wojewodschaft Schlesien zusammengefaßt werden sollen. Hier fürchtet die regionale Minderheit der Deutschen, die in Opole (Oppeln) ca. 30 % der Bevölkerung ausmacht und mit einer starken Gruppe im Parlament vertreten ist, eine Marginalisierung, da sie innerhalb der Wojewodschaft Schlesien mit 5 % Bevölkerungsanteil keine politi-

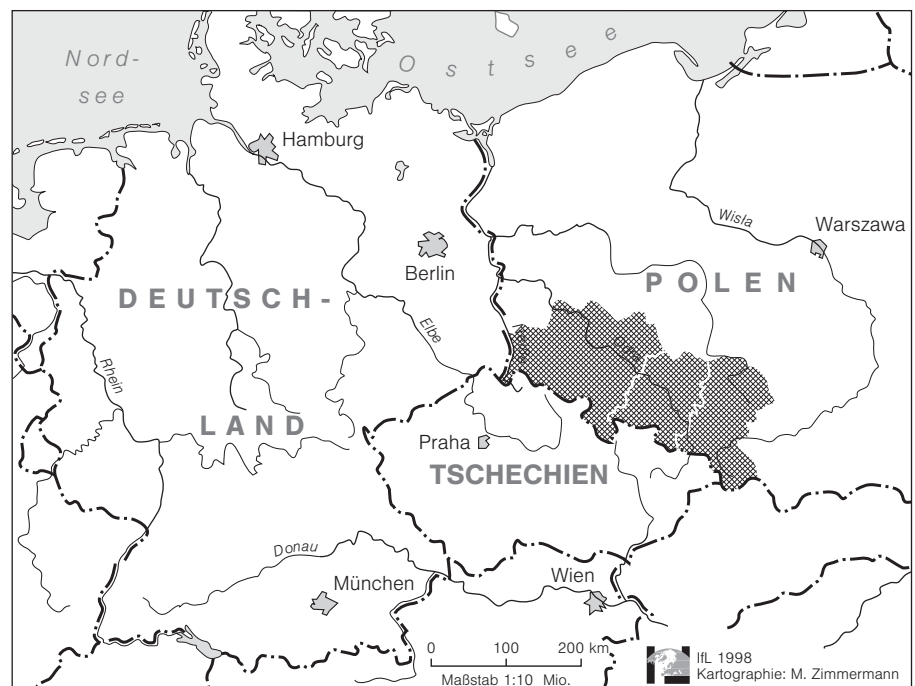


Abb. 1: Die neuen schlesischen Wojewodschaften
Quelle: Polityka: Nowy podział administracyjny 1998

schen Mittel zur Durchsetzung ihrer Minderheitenrechte haben würde. Inzwischen hat die deutsche Minderheit eine Unterschriftenaktion zur Erhaltung der Wojewodschaft Opole durchgeführt und über 200 000 Unterschriften gesammelt. Sie hält die geplante Verwaltungsreform für eine "Fortsetzung der kommunistischen Zwangsassimilierung unserer Gruppe." (Associated Press 1998a).

Eine genauere Betrachtung des Regierungsentwurfes verdeutlicht, daß es sich weniger um einen Versuch zur Regionalisierung im Sinne der Schaffung homogener Gebietseinheiten mit eigener Kultur oder Geschichte, sondern vielmehr um eine Zusammenlegung und Optimierung der Verwaltungseinheiten handelt (*Abb. 1*). Die Zusammenfassung der o. g. Wojewodschaften zu Schlesien verbindet so gegensätzliche Regionen wie das ländliche Opole (Opeln) oder Czêstochowa (Tschenstochau) mit dem industriell geprägten Schwerindustrieviertel um Katowice (Kattowitz) (vgl. WECLAWOWICZ 1996); gerade im Zusammenhang mit den dringend notwendigen Restrukturierungen in diesem Bereich werden die Befürchtungen der ländlichen Bevölkerung nachvollziehbar.

Vor dem Hintergrund der langen Periode zentralstaatlichen Handelns erscheint es daher erstaunlich, daß von der Bevölkerung der Restrukturierungsprozeß an sich kaum kritisiert wird und lediglich die Details einer solchen Regelung in Zweifel gezogen werden. Es verwundert auch nicht, daß Befürchtungen eines Verlusts von Finanzzuweisungen und infrastruktureller Ausstattung geäußert werden, da die Erfahrungen mit zentralstaatlicher Weisung und Lenkung noch nachwirken.

Regionalisierung und grenzüberschreitende Kooperation mit Deutschland

Wie bereits dargestellt, dient die geplante Regionalisierung Polens nicht nur demokratischen und administrativen Zielen, sondern gilt auch als notwendige Voraussetzung zur Akquisition von grenzüberschreitenden EU-Finanzmitteln bzw. langfristig für den EU-Beitritt.

Allerdings ist hier anzumerken, daß sowohl von akademischer Seite wie auch innerhalb der polnischen Öffentlichkeit Bedenken gegen eine engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Deutschland geäußert werden.

So hält der Wirtschaftswissenschaftler GORZELAK (1996) in mehreren Punkten die Gefahren der grenzüberschreitenden Förderungsregionen fest:

- Die Initiative für diese Regionen gehe ausschließlich von Deutschland aus.
- Angesichts unvereinbarer wirtschaftlicher Interessen beider Länder – beispielsweise im Bereich der Landwirtschaft – sei eine Kooperation unwahrscheinlich.
- Eine deutsch-polnische Zusammenarbeit würde zwangsläufig zu einer massiven Ausnutzung der billigen polnischen Arbeitskraft und zu einem Zustrom deutschen Kapitals führen und somit letztlich die Entscheidungszentren einer regionalen Entwicklung aus Polen ins Ausland transferieren.
- Die bereits bestehenden Ungleichheiten auf beiden Seiten der Grenze würden nur weiter vertieft.
- Die polnischen Westgebiete würden als periphere Gebiete in das deutsche Wirtschaftssystem eingebettet.

Er fordert die politischen Entscheidungsträger in Polen abschließend auf, die Gefahren dieser grenzüberschreitenden Kooperationen abzumildern und dafür Sorge zu tragen, daß die Entwicklungsmöglichkeiten Westpolens adäquat genutzt werden.

Ähnliche Vorbehalte gegen Euroregionen wurde auch von LUVERA (1996) beobachtet, der sie in den Kontext des Widerstandes nationaler und nationalistischer politischer Kräfte gegen grenzüberschreitende Vorhaben mit politisch-institutioneller Bedeutung stellt. Symptomatisch ist hier vielleicht ein Vergleich von Igor NEMEC (tschechischer Minister ohne Aufgabenbereich), der die Euroregionen "trojanische Pferde der Deutschen" nannte (zitiert nach NAGENGAST 1996). Aus Sicht der Praxis grenzüberschreitender Kooperation auf Städteebene sieht TIMM (1995) polnische Ängste vor deutscher Dominanz und Rechtsextremismus.

Im Hinblick auf grenzüberschreitende Kooperationsprojekte bestehen neben diesen politisch begründeten Widerständen aber offenbar auch technische Probleme, wie die Europäische Kommission in ihrem Bericht zum Beitrittsantrag Polens festhielt (European Union 1997). Zwar seien Fortschritte bei der Implementation von PHARE Projekten gemacht, doch erst 75 % der Mittel abgerufen worden.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß in Polen erhebliche Anstrengungen zur Information über grenzüberschreitende Projekte unternommen werden müssen. Die anfänglich hohe, jetzt jedoch langsam nachlassende Zustimmung zum EU-Beitritt darf nicht darüber hinwegtäuschen,

daß nationalstaatliche Ideologien latent vorhanden sind.

In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, daß die Haltung der polnischen Öffentlichkeit ebenso wie der regierenden AWS gegenüber Europa und der EU durchaus als ambivalent bezeichnet werden kann. Zwar umfaßt die Regierungskoalition ein politisches Spektrum, das von konservativ-liberal bis zu katholisch-national reicht, doch stellt MILDENBERGER (1998) in seiner Policy-Analyse heraus, daß traditionelle Europa-Konzeptionen des Parteienbündnisses nicht mit dem modernen Bild der EU vereinbar sind. Insbesondere die Einschätzung der kultureller Überlegenheit, der originären Zugehörigkeit zu Europa und des nationalistischen Stolzes passen kaum zum pluralistisch-demokratischen Ansatz einer Wirtschafts- und Sozialunion. Die wiederholten Äußerungen zur Rolle Polens als Retter des (katholischen) Abendlandes, die strikte Ablehnung eines regionaleuropäischen Konzepts in Verbindung mit der Berufung eines anti-europäischen Politikers als Vorsitzender des "Komitees für Europäische Integration" beeinflussen die Beitrittsverhandlungen offenbar nicht positiv, zumal die Europäische Kommission angesichts deutlicher Verwaltungsmängel in Polen sichtlich verstimmt ist (SCHORS 1998). Erst kürzlich sorgte die schlechte Vorbereitung von PHARE-Anträgen durch Polen nicht nur für eine empfindliche Kürzung dieser Mittel und für die Entlassung eines Staatssekretärs für europäische Integration (BACHMANN 1998b), sondern es verstärkten sich auch die Zweifel innerhalb der europäischen Administration an der Einhaltung des Zeitplans, da Polen durch allzu selbstbewußtes Auftreten den Eindruck erwecke, Bedingungen stellen zu können, obwohl es nur um die Einführung der verbindlichen EU-Spielregeln ging (BRÖSSLER 1998).

Regionalismus als Hilfe für Schlesien?

Die raschen Veränderungen im politischen System Polens, die angestrebte Mitgliedschaft in der EU und die vorgeschlagene Reform der Wojewodschaften legen den Schluß nahe, daß für die deutsche Minderheit in Polen regionalistische Konzepte, gleich welcher Färbung, von großem Interesse sein müssen. Für die Minderheit gilt allerdings die Besonderheit, daß sie sowohl in Polen als auch in Deutschland politisch vertreten ist und daß die jeweiligen Vertretungen durchaus unterschiedliche Konzepte und Interessen verfolgen.

Die deutsche Minderheit in Schlesien

Für die deutsche Minderheit in Polen sind besonders die Themen des Beitritts zur EU mit den damit einhergehenden Verbesserungen der Minderheitenrechte und der Verwaltungsreform bzw. Regionalisierung Schlesiens von großer Bedeutung. Eine Analyse des "Schlesischen Wochenblattes", der Zeitung der Deutschen in der Republik Polen, ergibt nur eine geringe Berichterstattung oder Kommentierung europapolitischer Themen; offenkundig spielen regionale und lokale Ereignisse eine größere Rolle in der aktuellen Berichterstattung.

Anhand der wenigen Berichte über Europa lassen sich drei Grundströmungen im politischen Meinungsbild der Deutschen in Polen identifizieren:

- Der deutschen Minderheit kommt im Vereinigungsprozeß Europas eine wichtige Brückenfunktion zwischen Deutschland und Polen zu. Kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen über die Grenzen hinweg können vor allem durch die zweisprachige Minderheit wahrgenommen werden. Verbunden mit einer solchen Brückenfunktion ist dann auch eine Verbesserung ihres Status in der Republik Polen im Sinne einer stärkeren Beteiligung an administrativen Aufgaben.
- In den Augen der deutschen Minderheit ergeben sich für sie durch einen Beitritt Polens zur EU verbesserte wirtschaftliche Möglichkeiten, da man hofft, bei Auslandsinvestitionen deutscher Firmen bevorzugt zu werden. Traditionelle schlesische Werte wie Arbeitsamkeit und Pflichtbewußtsein treten hier in den Mittelpunkt der Überlegungen.
- Betont werden allerdings auch die konservativen Werte, die Polen in die EU einbringen könnte. Der Bischof von Opole, Alfons NOSSOL, spricht von der Notwendigkeit, katholische Grundwerte in der EU zu stärken. Ähnlich sind die Ausführungen Joachim CZERNEKS zu interpretieren, der davon ausgeht, daß mit einem Beitritt Polens humanistische und christliche Werte in die EU eingebracht würden; mithin sei mit einer kulturellen, sprachlichen und nationalen Bereicherung der EU durch den Beitritt Polens zu rechnen (Mis 1998). Die deutsche Minderheitenpartei postulierte 1997 in ihrem Wahlprogramm zur Parlamentswahl ein "Europa der Völker und nicht eines der Staaten, ein Europa von Regionen und

nicht von politischen Verwaltungsgebieten" (Wahlprogramm der Deutschen im Schlesischen Oppeln 1997, S. 4). Deutlich werden die geringen Differenzen zwischen Deutschen und Polen über die Vorteile und Gefahren einer polnischen Mitgliedschaft in der EU. Lediglich die gewünschte Sonderrolle der Deutschen im Einigungsprozeß bildet hier ein Spezifikum.

Vielleicht aber spielt in der deutschsprachigen Öffentlichkeit in Polen die Frage eines Beitritts zur EU eine so geringe Rolle, weil für viele von ihnen als Inhaber deutscher Pässe wesentliche Bedingungen der EU bereits erfüllt sind: Freizügigkeit und die Möglichkeit in Deutschland zu arbeiten.

Andererseits erscheint es vor dem Hintergrund der in Polen weit verbreiteten Vorstellung der EU als eine von Deutschland dominierte Organisation unklug, zu stark auf die EU als wirtschaftliche und minderheitenpolitische Institution hinzuweisen, da so deutschfeindlichen Gefühlen in Polen Vorschub geleistet werden würde.

In Bezug auf regionalistische Tendenzen in Polen vermeidet das "Schlesische Wochenblatt" ebenfalls eindeutige Positionen. Die Gründung schlesischer Organisationen durch Polen wird aber offenbar mit gemischten Gefühlen betrachtet, da der zukünftige Status der Minderheit mit ihrer spezifischen Heterogenität in einem autonomen Schlesien unklar bleibt.

Einigkeit herrscht allerdings in Bezug auf die Opposition gegenüber den Plänen zur Reorganisation der Wojewodschaften: Für die Deutschen und Polen in Opole ist eine Verschmelzung der Wojewodschaft mit Katowice nicht denkbar. Im Wahlprogramm der Deutschen Minderheitenpartei in Opole für die Parlamentswahlen 1997 wurde die Unterstützung der Neuorganisation der Wojewodschaft Opole in den Grenzen der heutigen Diözese Opole bekräftigt; offenbar ein Kompromiß zwischen notwendiger Neuordnung und Optimierung im Hinblick auf das Siedlungsgebiet der Deutschen (Wahlprogramm der Deutschen im Oppelner Schlesien 1997).

"Schlesien bleibt unser" – die deutschen Vertriebenenverbände

Der politische Transformationsprozeß in den Staaten Osteuropas stellte die Organisationen der Vertriebenen in der Bundesrepublik vor eine schwere Aufgabe: Schon seit ihrer Entstehung zeigten sie nur wenig Interesse an den in ihrer Heimat zu-

rückgebliebenen Deutschen. Ihre Forderungen konzentrierten sich eher auf die Verbesserung der Lage der Vertriebenen in Deutschland und auf die Anerkennung der völkerrechtswidrigen Vertreibung nach 1945 und der daraus abgeleiteten Vermögensansprüche. Die Entstehung rechtsstaatlicher Systeme in Polen und der Tschechischen Republik ermunterte sie, umfangreiche völkerrechtliche Gutachten zur Vertreibung und Enteignung anfertigen zu lassen, während die Situation der verbliebenen Deutschen nur wenig Beachtung fand (BLUMENWITZ 1992, 1995; KLEIN 1992; KRÜLLE 1993). Ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten der Vertriebenenorganisationen mit den neuen politischen Möglichkeiten einer deutsch-polnischen Verständigung sind die Beiträge H. HUPKAS: Er stellt allen Überlegungen zu Schlesien umfangreiche Darlegungen historischer Ereignisse im deutsch-polnischen Verhältnis voran, angefangen vom Plebiszit im Jahre 1921 bis hin zur Frage der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg. Aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklungen spielen in seinen Ausführungen eine untergeordnete Rolle (HUPKA 1996).

Die Erweiterung der EU und der Verständigungsprozeß zwischen Deutschland und Polen wird von den Vertriebenenorganisationen kritisch bewertet, da in ihren Augen essentielle Fragen ausgeklammert, die eigentlich Betroffenen nicht beteiligt und deutsche Interessen hinter europäischen zurückgestellt würden (Associated Press 1998b).

Konkret fordern die Vertriebenenorganisationen die Klärung von noch offenen Fragen im Verhältnis zu Polen als Vorbedingung einer Mitgliedschaft in NATO und EU (HUPKA 1996, RATZA 1998, Presdienst Schlesien Nr. 15 u. 17/1998). Im einzelnen:

- Wirtschaftliche und soziale Hilfe für Schlesien
- Rückkehrrecht für alle Vertriebenen unabhängig von der Niederlassungsfreiheit und Freizügigkeit, wie sie von der EU aus wirtschaftlichen Gründen gewährt werden
- Rückgabe des völkerrechtswidrig konfiszierten Eigentums im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten Polens
- Unterstützung der deutschen Volksgruppe in Polen: Gesetz über Rechte und Pflichten der Minderheiten, Aufhebung der deutschenfeindlichen Gesetze der Nachkriegszeit, Beteiligung der Minderheiten an Verwaltung und

Regierung sowie Sprachunterricht

- Beendigung der Versuche, die Minderheit aus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auszuschließen
- Aufarbeitung der Geschichtsverfälschungen
- Lösung rentenrechtlicher Probleme der Minderheit in Polen
- Aufstellung zweisprachiger Ortsschilder in den von Minderheiten besiedelten Gebieten
- Verbesserung der menschlichen Beziehungen

Erstaunlich mutet hierbei an, daß ähnliche Äußerungen auch von der "Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit" zu hören sind. Diese war bilateral 1989 eingerichtet worden und unterstützt mit Hilfe eines Stiftungsvermögens von 570 Mio. DM in Polen Projekte, die das Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen verbessern sollen. Auch hier nennt das Kuratoriumsmitglied H. WINDELEN, vormalig Minister für deutsch-deutsche Angelegenheiten, die Forderungen der Landsmannschaften nach Rückkehrrecht, Freizügigkeit, Eigentumsrestitution und Geschichtsinterpretation als Vorbedingungen für grenzüberschreitende Kooperationen (WINDELEN 1995). Im Juli 1998 sorgten Äußerungen der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, STEINBACH, in Verbindung mit einer mißverständlich formulierten Resolution des Bundestages für weitreichende Verstimmungen zwischen Polen und Deutschland, die darlegten, welchen Einfluß die Forderungen der Vertriebenen auf die bilateralen Beziehungen haben können (KORZYCKI 1998, MOHL 1998).

Offenbar spielen in den gegenwärtigen Überlegungen der Landsmannschaften inhaltliche Fragen der regionalen Auswirkungen eines EU-Beitritts Polens und Tschechiens eine untergeordnete Rolle. Obgleich sie ihrer Organisationsstruktur nach regionalistisch (Schlesien, Niederschlesien, Oberschlesien, Westpreußen, Ostpreußen etc.) gegliedert sind, setzen sie sich kaum für die Stärkung ihrer Regionen innerhalb der jeweiligen osteuropäischen Staaten ein. Eine Ausnahme macht hier die Unterstützung des deutschen Protestes in Polen gegen die Verwaltungsreform, wobei allerdings auch hier eher Ängste vor einer politischen Deklassierung der Deutschen dominieren (HUPKA 1998).

Positiv zu bewerten sind hingegen die Anstrengungen einzelner Vertriebenen-Gruppen oder auch Einzelpersonen: So wurde ein Großteil der humanitären Einzelhilfe nach der Flutkatastrophe von 1997

durch Privatpersonen geleistet. Geradezu sensationell mutet es an, daß die Stadt Raciborz (Ratibor) die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an HERBERT HUPKA erwägt.

Neben diesen auf die Heilung vergangenen Unrechts bezogenen Überlegungen etablierte sich in den letzten Jahren innerhalb oder nahe der Vertriebenenbewegung eine politische Grundströmung, die durchaus regionalistische Ideen aufnimmt. Der Essener Politikwissenschaftler KIEFER (1995; 1996) propagiert eine Vision von Schlesien, in der alle Schlesier gemeinsam die Grunddifferenzen der letzten Jahrzehnte überwinden und so zu einer gemeinsamen Region und Nation zurückfinden. Seine Analyse der unterschiedlichen geostrategischen Interessen Deutschlands, Polens, Tschechiens und Schlesiens kommt zu dem Ergebnis, daß sich diese am besten in einer homogenen, weitgehend unabhängigen Region verwirklichen lassen. Als weitere Gründe nennt er neben der historischen Dimension eines vereinigten Schlesiens auch das grundsätzlich nützliche EU-Konzept der *Euroregionen* für die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg, bemerkt aber, daß in Europa in Zukunft vermutlich wenige dieser Regionen etabliert werden würden, da die schwierigen Fälle wie das Baskenland, Katalonien oder Nordirland erst noch anstünden. Er empfiehlt, daß die Bevölkerung in Schlesien ihre ethnischen Zugehörigkeitsprobleme zugunsten der Region zurückstellt und nicht mehr partikuläre, sondern korporatistische Interessen verfolgt.

Diesem Ansatz stehen jedoch deutlich die anhaltenden deutsch-polnischen Zahlenspiele zur Größe und ethnischen Herkunft der deutschen Minderheit entgegen.

Grenzüberschreitende Zusammengehörigkeit bildet das Grundgerüst eines Regionalismuskonzepts, das ausschließlich politische Interessen in den Mittelpunkt stellt. Nach Auffassung des "Internationalen Instituts für Nationalitätenrecht und Regionalismus" (Interreg) in München würde die nachlassende Stärke der Nationalstaaten die Bildung von ethnisch, wirtschaftlich und historisch homogenen Regionen nach sich ziehen und somit im Gesamtsystem eines europäischen Föderalismus eine Bipolarität zwischen europäischer Gesamtsouveränität und regionaler Teilsouveränität herstellen. Diese, an Guy HÉRAUDS Konzept einer europäischen Föderation angelehnten Überlegungen propagieren letztlich Regionalstaaten ethnozentrischer Prägung (LUVERA 1996). Als

erste Region dieser Art wurde die Regio Egrensis zwischen Deutschland und Tschechien angesehen – obwohl die deutsch-tschechische Erklärung und die weiterhin offenen Fragen nach Rückkehrrecht und Eigentumsrückübertragung dem entgegenstehen. Wichtig ist hierbei die rasche Installation grenzübergreifender Verwaltungskörper, die das Regionalbewußtsein fördern sollen.

Traditionelle Grundwerte, Besinnung auf traditionelle historische und kulturelle Gemeinsamkeiten bestimmen auch das Konzept KIEFERS, an dessen Ende ein eigenständiges Schlesien als modellhafte Euroregion zwischen Deutschland, Polen und Tschechien stehen soll. Die notwendige Integration der "Neuschlesier" aus den ehemals ostpolnischen Gebieten verdeutlicht die Grenzen zwischen ethnischer und geographischer Differenzierung Schlesiens. Ob es sich hier um einen Mißbrauch des Konzeptes der Euroregionen handelt, soll hier offen bleiben, doch legt der Dualismus einer Unterstützung der Euroregionen und der anhaltenden Nichtanerkennung der polnischen Souveränität über Schlesien diesen Schluß nahe. Ebenso zwiespältig erscheint die Verknüpfung der Unterstützung der polnischen EU-Beitrittsbemühungen durch die Landsmannschaften mit der Erhebung von Voraussetzungen für einen Beitritt.

Entscheidend wirkt in diesem Kontext allerdings, daß weder die deutsche Minderheit noch die polnische Bevölkerungsmehrheit in Schlesien die Existenz einer schlesischen Nation befürworten, da in beiden Bevölkerungsgruppen nationalstaatliche Verwurzelungen auch weiterhin dominieren.

In diesem Zusammenhang soll auch auf das Argument NAGENGASTS (1996) hingewiesen werden, der zu Recht unterstrich, daß eine Funktion des Euroregion-Konzeptes die "Vorbereitung" auf den gemeinsamen Binnenmarkt der EU sei: Mithin würde so das Argument eines "Rechts auf Heimat", wie es von den Landsmannschaften seit langem gefordert wird, überflüssig, da nun Niederlassungs- und Grundstücksverkehrsfreiheit gegeben seien.

Unabhängig von diesen politischen Konzepten zeigt sich allerdings in der täglichen Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit das Erbe der historischen Entwicklung in Schlesien: Nicht Fragen der gemeinsamen Geschichte, sondern vielmehr die der Vertreibung, der Repolonisierung, des DDR-Geschichtsbildes und letztlich leider auch der kriminellen Akti-

vitäten aus Polen prägen die deutsch-polnische Zusammenarbeit im kulturellen Bereich (TIMM 1995).

Bonner Perspektiven: Zwischen Euregios, EU-Botschafterrolle für Polen und den Schlesiern in Polen und Deutschland

Eine Betrachtung regionalistischer Politikansätze im Grenzgebiet zwischen Deutschland und Polen muß auch die Frage der Rolle der deutschen Regierung beleuchten. Das Verhältnis zwischen der offenkundigen Unterstützung von *Euroregionen*, der Botschafterfunktion für Polen bei der EU und der immer noch heiklen Frage der deutschen Minderheit soll dabei nachfolgend genauer präzisiert werden.

Die föderative Verfassung und die durchweg guten Erfahrungen einer vertikalen Gewaltenteilung machen Deutschland zu einem Fürsprecher der europäischen Regionalisierungsbestrebungen, zumal auch die Regionalpolitik der EU die Anstrengungen der deutschen Bundesländer sinnvoll ergänzt. Eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung grenzüberschreitender Kooperationsprojekte spielt auch der Versuch eines Ausgleichs mit den Nachbarn und der Gestaltung gut-nachbarschaftlicher Verhältnisse, die über diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen hinausgehen.

Als unmittelbarer Nachbar fungiert Deutschland als Botschafter Polens bei der EU und unterstützt nachhaltig die Anstrengungen zur Mitgliedschaft. Es geht dabei nicht nur um Fragen der Förderung des Demokratisierungsprozesses, sondern auch um den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen und letztlich auch um sicherheitspolitische Fragen Deutschlands. Hervorzuheben ist hierbei, daß diese Botschafterfunktion die im deutsch-polnischen Vertragswerk offengelassenen Fragen bewußt ausklammert, um in Polen nicht den Verdacht einer einseitigen Parteinahme aufkommen zu lassen (BINGEN 1997). BINGEN stellt hierbei die Frage, ob rechtliche Normen und institutionalisierte Freiräume für Minderheiten das deutsch-polnische Verhältnis bestimmen sollen, oder ob vielmehr die Integration beider Staaten in das institutionalisierte Europa mit seinem ausgeprägten Interesse an identitätsstiftenden Regionen als Leitmotiv für die weitere Zusammenarbeit fungieren soll. Diese Frage betrifft letztlich auch die Minderheit selbst, ihr Selbstverständnis und Selbstbestimmungsrecht innerhalb sich rasch verändernder Parameter.

Das offizielle Verhältnis zwischen der Bundesregierung und der deutschen Minderheit bzw. den Landsmannschaften als deren Vertretung in Deutschland ist von einem deutlichen Dualismus geprägt: Zwar gibt die Bundesregierung pro Jahr ca. 32 Mio. DM für die Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen aus, doch erfährt sie in der aktuellen Ausgestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen wenig Beachtung; offenbar bewertet man hier die Einhaltung der in der polnischen Verfassung und dem deutsch-polnischen Vertragswerk niedergelegten Minderheitenschutzprinzipien höher als die Forderungen der Minderheit selbst bzw. der Landsmannschaften. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Vertriebenenorganisationen immer wieder nachdrücklich eine stärkere Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen anmahnen (HUPKA 1998).

Für die deutsche Regierung scheint kein Zweifel daran zu bestehen, daß der bevorstehende Beitritt Polens zur NATO und zur EU die Situation der deutschen Minderheit weiter verbessern wird. Dieser Prozeß soll allerdings nicht unilateral von Deutschland ausgehen, sondern die deutsche Minderheit in Polen mit einbinden: Sowohl der CDU/CSU Fraktionsvorsitzende W. SCHÄUBLE als auch der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen, G. BARTODZIEJ, wiesen mehrmals auf die wichtige Brückenfunktion der Minderheit hin (Deutsche Presse-Agentur 1998a, b). Hier ergibt sich ein weiteres Spannungselement, da die Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen und die Propagierung einer gesamteuropäischen Integration das langsam gewachsene positive Verhältnis zwischen Deutschen und Polen in Schlesien berücksichtigen muß. Politische Vertretung auf lokaler Ebene (wie in Oberschlesien), gegenseitige Unterstützung (wie im Fall des Oderhochwassers) und gemeinsames politisches Engagement (wie im Falle der Neuordnung der Wojewodschaften) sind Errungenschaften, die durch allzu forschende Forderungen nach politischer Autonomie im europäischen Rahmen nicht gefährdet werden dürfen.

Ein Beispiel, wie solche Annäherungsversuche auf nationaler und europäischer Ebene konterkariert werden können, stellt die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik dar. Die Formulierung nationalistischer Interessen auf beiden Seiten – der Linken in Tschechien und der Sudetendeutschen in Deutschland – brachte die Verhandlungen um die

deutsch-tschechische Aussöhnung fast zum Scheitern (NAGENGAST 1996). Im Gegensatz zu Polen, wo von deutscher und polnischer Seite ein intensiver Gedankenaustausch über die Vergangenheit geführt wird – Bundespräsident R. HERZOG sprach in diesem Zusammenhang vom "Entlügen der Geschichte" (LUDWIG 1998a) – dominieren im deutsch-tschechischen Verhältnis weiterhin wechselseitige Vorwürfe über erlittenes und zugefügtes Unrecht. Vor dem Hintergrund dieser Streitigkeiten scheint hier eine europäische Integrationslösung in weiter Ferne.

Schwierigkeiten könnten sich auch durch die Haltung der Deutschen in Bezug auf die Mitgliedschaft osteuropäischer Staaten zur EU ergeben. Nach einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Untersuchung befürworten nur 29 % der Deutschen einen Beitritt Polens. Als Gründe werden Furcht vor Kriminalität, Rauschgiftschmuggel, Umweltverschmutzung und Kostenbelastung genannt (zitiert nach Schlesische Nachrichten 11/1998, S. 3).

Regionalismus im europäischen Kontext als Lösung offener Fragen?

Das bereits oben erwähnte Beispiel der Verständigung zwischen Deutschland und der tschechischen Republik verdeutlicht die Bedeutung nationaler Interessen, auch wenn sie nur partikulär von einzelnen Gruppen geäußert werden: Sie können die Beziehungen zwischen einzelnen Staaten merklich beeinträchtigen und den Prozeß europäischer Integration deutlich zurückwerfen.

Ähnliches gilt für das Konzept europäischer Integration auf der Ebene von Regionen, wo unterschiedliche Interpretationen und Erwartungen Bevölkerung und Politiker innerhalb und außerhalb der betroffenen Region verunsichern. Im Fall Schlesiens bedeutet dies, daß die Aussichten einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung als Euroregion und weitergehender politischer Autonomie nicht direkt kompatibel mit dem Konzept langsamer Regionalisierungsbemühungen Polens sein können. Erschwerend kommt hier hinzu, daß die Wiedererlangung vollständiger staatlicher Souveränität nach 1989 die bereits vorhandenen nationalistischen Strömungen gefestigt hat, so daß die Opposition gegen den Verlust von Souveränität – wie beispielsweise durch den Beitritt zur EU – wächst. Daß solche Überlegungen vom Ausland an Polen herangetragen werden, führt zu weitergehenden Irritationen.

Überhaupt scheint der Versuch der deutschen Vertriebenenorganisationen, ökonomisch-politische Fragen des EU-Beitritts mit denen der Vertriebenenforderungen zu koppeln, wenig aussichtsreich, da hier nicht nur die schwierige Rolle Deutschlands als Botschafter Polens bei der EU beeinträchtigt wird, sondern auch die ohnehin nicht einfachen Bemühungen um einen politischen Konsens zur EU-Mitgliedschaft erschwert werden.

Betrachtet man nun aber die tatsächliche Arbeit in den bereits eingerichteten Regionen, so scheinen sie zwar nicht so reibungslos wie zwischen Deutschland und Holland zu funktionieren, doch sollte man darüber nicht vergessen, daß vierzig Jahre konsequente Trennung und die schlagartige Öffnung mit allen positiven und negativen Begleiterscheinungen das deutsch-polnische Zusammenleben nicht erleichtert haben. Im Grenzgebiet zwischen Deutschland, Polen und Tschechien wird derzeit anschaulich demonstriert, wie in einem schrittweisen Vorgehen die Grundlagen einer Kooperation geschaffen werden:

Die Erstellung eines Handbuches von Planungsbegriffen (NIEWIADOMSKI & TURROWSKI 1995), einer Kartenserie zur Region (GROSSER & DROTH 1996) sowie umfangreicher Einzelarbeiten durch das Institut für Länderkunde (Beiträge zur Regionalen Geographie, Bd. 38, 1995) trugen zu einer wissenschaftlichen Begleitung des Projektes bei. Die so gewonnenen Informationen und die Bemühungen der jeweiligen statistischen Behörden zur Datenangleichung (vgl. Jahrbuch der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa 1998b) fließen dabei in die Erarbeitung eines "Raumordnerischen Leitbildes" für die Region ein, das die Grundlage weiterer grenzüberschreitender Maßnahmen sein soll. Über die regionsspezifische Problematik hinaus wird hier auch ein Beitrag zur Transferierung deutscher bzw. europäischer Planungsstandards nach Polen und Tschechien geleistet und so die Integration beider Staaten in die Europäische Union gefördert.

Der Prozeß der europäischen Integration und Ausdehnung verlangt jedoch von allen Seiten Vorsicht und Verständnis für die Bedenken der jeweils anderen Seite: Die jüngsten Schwierigkeiten Polens mit europäischen Fördermitteln müssen ebenso berücksichtigt werden wie die Schwierigkeiten der Regierung, das Projekt einer Neuorganisation der Regionen voranzubringen. Letztlich bedarf es auch des Ver-

ständnisses für die Befürchtungen Polens hinsichtlich der Wiedereinrichtung deutscher Rechte in Schlesien.

Literatur

- Associated Press (1998a): In Polen wächst der Widerstand gegen die Verwaltungsreform. 2.4.1998.
- Associated Press (1998b): Vertriebene bekräftigen Forderung nach Entschädigung. Steinbach besteht auf Einbeziehung in EU-Beitrittsverhandlungen. 12.5.1998.
- BACHMANN, K. (1998a): Brüssel kürzt Phare-Förderung für Polen. Berliner Zeitung, 27.5.1998.
- BACHMANN, K. (1998b): Warschaus Strategie: Bloß keinen erschrecken. Stuttgarter Zeitung, 27.5.1998.
- BINGEN, D. (1996): Die deutsche Minderheit in Polen. In: HATSHIKJAN, M. A., & P. R. WEILEMANN (Hrsg.): Nationalismen im Umbruch. Ethnizität, Staat und Politik im neuen Osteuropa. Köln, S. 61-74.
- BINGEN, D. (1997): Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1991. (=Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 52). Köln.
- BLUMENWITZ, D. (1992): Das Offenhalten der Vermögensfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen. Bonn.
- BLUMENWITZ, D. (Hrsg.) (1995): Recht auf Heimat im zusammenwachsenden Europa: ein Grundrecht für nationale Minderheiten und Volksgruppen. Frankfurt/M./Berlin/Bern.
- BRÖSSLER, D. (1998): Brüssels Frust über Polen wächst. Salzburger Nachrichten, 27.5.1998.
- BUDYTA-BUDZYNAKA, M. (1989): A new interpretation of ethnicity in Central and Eastern Europe. In: TARAS, R. (Hrsg.): National identities and ethnic minorities in Eastern Europe. Houndmills, S. 113-121.
- BULLMANN, U. (1997): The politics of the third level. In: JEFFREY, C. (Hrsg.): The regional dimension of the European Union. Towards a third level in Europe. London, S. 3-19.
- CONRADT, N. (1994): Schlesien. Berlin.
- Deutsche Presse-Agentur (1997): Schlesier nicht als Nation anerkannt. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.9.1997, S. 4.
- Deutsche Presse-Agentur (1998a): Deutschland/Polen/Schäuble: Polens EU-Beitritt verbessert weiter Lage der Minderheit. 24.3.1998.
- Deutsche Presse-Agentur (1998b): Deutsche Minderheit in Polen als Brücke nach Europa. 27.3.1998.
- DZIADUL, J. (1993): Regionalisierung oder Autonomie für Schlesien (Übersetzung von "W Slaskim kotle" in: Polityka, Nr. 40, 3.10.1992). Osteuropa Archiv 1993, S. A488-A493.
- Erklärung des BdV Rheinland-Pfalz anlässlich des deutschlandpolitischen Seminars am 11.

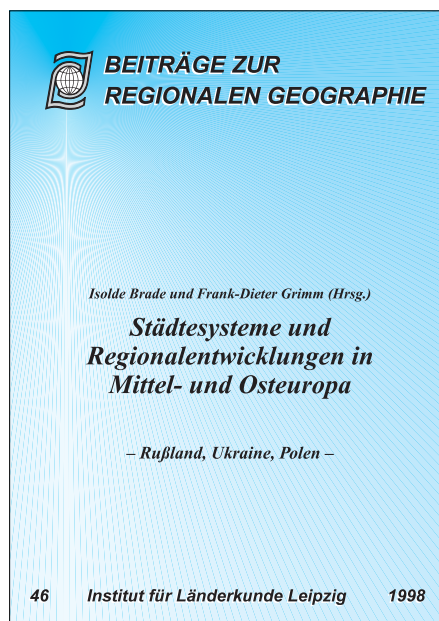
- November 1997 in Main. In: Schlesische Nachrichten 1/1998, S. 7.
- Euregio Neisse - Nisa - Nysa (1994-1998): Pressemitteilungen der Kommunalgemeinschaft Euregio Neisse 1994-1998. Zittau 1994-1998.
- Euroregion Neisse - Nisa - Nysa (1998b): Year-Book of Euroregion Neisse - Nisa - Nysa 1998. Jelenia Gora, Liberec, Kamenz.
- European Regional Development Fund (1994): Outline of Programmes. Sheets no. 94.00.10.028, 94.00.10.029, 94.00.10.030. Brüssel
- European Union (1991): Regional Policies: Community initiative INTERREG. IP/91/725 from 25.7.1991. Brüssel.
- European Union (1995): Description about INTERREG II Program: 12.7.1995: INTERREG II in Saxony-Poland-Czech Republic. Brüssel.
- European Union (1997): AGENDA 2000. Part I and II. Brüssel.
- European Union (1998): The Phare Cross-Border Co-operation Programme. Brüssel.
- GORZELAK, G. (1996): The regional dimension of transformation in Central Europe. London.
- GRIMM, F.-D. (1996): Diskrepanzen und Verbindlichkeiten zwischen den deutschen, polnischen und tschechischen Grenzregionen an der Lausitzer Neiße ("Euroregion Neiße"). Europa Regional 4 (1), S. 1-4.
- GROSSER, K. & A. DROTH (1996): Eine Kartenserie zur Euro-Region Neiße. Europa Regional 4 (1), S. 15-23.
- HEFFNER, K. (1995): Small regions in united Europe: macroregional and social policy. Oppeln.
- HUPKA, H. (1996): Die deutsch-polnische Verständigung vor dem Hintergrund der geschichtlichen Ereignisse dieses Jahrhunderts. Via Silesia. gdpv-Jahrbuch 1996. Münster, S. 199-217.
- HUPKA, H., K. KARWAT (1998): Ein deutsch-polnisches Streitgespräch. Schlesische Nachrichten 4/1998, S. 1-3.
- KEATING, M.: Is there a regional level of government in Europe? In: LE GALES, P. & C. LEQUESNE (Hrsg.): Regions in Europe. London, S. 11-29.
- KIEFER, H. (1995): Die grenzüberschreitenden Euroregionen in und um Schlesien – Option für Entwicklung, Kooperation und Stabilität in Europa. Jahresrückblick 1994 der Gemeinschaft für deutsch-polnische Verständigung. Münster, S. 27-35.
- KIEFER, H. (1996): Schlesische Identität leben. Alt- und Neuschlesien beim gemeinsamen Werk des Friedens. Via Silesia. gdpv-Jahrbuch 1996. Münster, S. 65-75.
- KLEIN, E. (1992): Diplomatischer Schutz im Hinblick auf die Konfiskationen deutschen Vermögens durch Polen. Bonn.
- KOLB, H. (1998): Zerstrittene Brüder. Hitzige Debatten über eine schlesische Identität. Neue Zürcher Zeitung, 18.5.1998.
- KORZYCKI, W. (1998): Es ist besser, keine alten Rechnungen aufzumachen. Frankfurter Rundschau, 24.7.1998.

- KRÜLLE, S. (1993): Die Konfiskation deutschen Vermögens durch Polen. Teil 1: Die Enteignungsmaßnahmen. Bonn.
- LAMMICH, S. (1993): Autonomiebestrebungen und Nationalitätenprobleme in Oberschlesien. Osteuropa-Archiv, S. A. 487-488.
- LE GALES, P. (1998): Conclusion: government or governance of regions? In: LE GALES, P. & C. LEQUESNE (Hrsg.): Regions in Europe. London, S. 239-267.
- LUDWIG, M. (1998a): Herzog: Vielleicht war der Kalte Krieg auch Atempause und Gewöhnungszeit. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.2.1998, S. 8.
- LUDWIG, M. (1998b): Schwierigkeiten mit der Gebietsreform in Polen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.3.1998, S. 6.
- LUDWIG, M. (1998c): Angst und Zorn in der oberschlesischen Wojewodschaft Oppeln. Frankfurter Allgemeine Zeitung 27.3.1998, S. 8.
- LUDWIG, M. (1998d): Sind alle Beamten Schmarotzer? Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.4.1998, S. 8.
- LUVERA, B. (1996): Der neue Regionalismus. Von einem demokratischen Europa der Regionen zum ethnonationalen Föderalismus. Kommune 6, S. 1-16.
- MAZEY, S. (1995): Regional lobbying in the new Europe. In: RHODES, M. (Hrsg.): The regions and the new Europe. Pattern in core and periphery development. Manchester, S. 78-102.
- MILDENBERGER, M. (1998): Die polnische Rechte und Europa. Osteuropa 48 (4), S. 383-391.
- MIS, E. (1998): Wenn Schlesien in die EU kommt. Schlesisches Wochenblatt, 10.4.1998, S. 1-2.
- MOHL, A. (1998): "Die Anträge der Deutschen grenzen ans Lächerliche." Stuttgarter Zeitung, 23.7.1998.
- NAGENGAST, E. (1996): Coming to terms with a "European Identity": The Sudeten Germans between Bonn and Prague. German Politics 5 (1), S. 81-100.
- Neue Zürcher Zeitung (1998): Verbissener Kampf und eine Gebietsreform in Polen. 27.5.1998.
- NIEWIADOMSKI, Z., & G. TUROWSKI (1995): Deutsch-polnisches Handbuch der Planungsbegriffe. Hannover, Warschau.
- Pressedienst Schlesien (1997 u. 1998). Presseinformationen der Landsmannschaft Schlesien-Nieder- und Oberschlesien e.V.
- RATZA, O. (1998): Der europäische Einigungsprozeß und die ostdeutschen Landsmannschaften. Schlesische Nachrichten 5/1998, S. 1-2.
- RHODES, M. (Hrsg.) (1995): The regions and the new Europe. Pattern in core and periphery development. Manchester.
- Schlesische Nachrichten (1997): Die wiedergewählte Senatorin von Oppeln, Dorota Simonides, setzt auf eine schlesische Nationalität. Schlesische Nachrichten 22/1997, S. 4.
- Schlesische Nachrichten (1998): In Deutschland leben die wenigsten Anhänger einer polnischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Schlesische Nachrichten 11/1998, S. 3.
- SCHORS, H. W. (1998): EU bemängelt Vorbereitung des Beitrittskandidaten Polen. Kölner Stadtanzeiger, 13.5.1998.
- SMOUTS, M.-C. (1998): The region as the new imagined community? In: LE GALES, P. & C. LEQUESNE (Hrsg.): Regions in Europe. London, S. 30-38.
- SZLACHTA, J. (1995): Regional development in Poland under transformation. Warschau.
- TIMM, J. K. (1995): Chancen und Risiken der Kooperation im deutsch-polnischen Grenzraum. Jahresrückblick 1994 der Gemeinschaft für deutsch-polnische Verständigung. Münster, S. 5-10.
- Wahlprogramm der Deutschen im Opper Schlesien: Zum Wohlstand durch Normalität. Schlesisches Wochenblatt 34, 1997, S. 3-4.
- WECLAWOWICZ, G. (1996): Contemporary Poland. Space and Society. London.
- WEYAND, S. (1997): Inter-Regional associations and the European integration process. In: JEFFREY, C. (Hrsg.): The regional dimension of the European Union. Towards a third level in Europe. London, S. 166-182.
- WINDELEN, H. (1995): Aus der Arbeit der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit. Jahresrückblick 1994 der Gemeinschaft für deutsch-polnische Verständigung. Münster, S. 15-26.

Autor:

Dr. KARL MARTIN BORN,
University of Plymouth,
Department of Politics,
Drake Circus,
Plymouth,
Devon PL4 8AA,
England.

Neuerscheinung im Institut für Länderkunde



Mit dem vorliegenden Band 46 wird ein weiterer Baustein zu den am Institut für Länderkunde Leipzig durchgeführten Forschungen über Entwicklungstendenzen der Städtesysteme in den Ländern des östlichen Europa hinzugefügt. Nachdem im Band 39 die Städte und Städtesysteme Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Rumäniens behandelt wurden, befaßt sich der vorliegende Band mit Untersuchungen über Rußland (frühere Sowjetunion), die Ukraine und Polen. Während die Darstellungen zur Ukraine (westliche und zentrale Ukraine) dem Grundschema vom Band 39 folgen, setzten die Herausgeber bei Polen ein ausreichendes Grundwissen voraus und präferierten die Darstellung ausgewählter Aspekte sowie problemorientierter Informationen in Form von einzelnen Aufsätzen. Für Rußland erschien es besonders interessant, die Chance zu nutzen, gemeinsam mit russischen Planungsfachleuten rückblickend Informationen und Einschätzungen über die vergangenen Jahrzehnte der sowjetischen Regional- und Städteplanungspolitik zu geben, vor allem um zu zeigen, welche Einflüsse entscheidend waren für die Herausbildung des heute existierenden Städtesystems in Rußland.